



Wirtschaftskrise, Armutsrenten, Stellenabbau, Kurzarbeit

NUR WER KÄMPFT KANN GEWINNEN!



Corona



Droht eine 2. Welle? Wer ist für die gestiegenen Infektionszahlen verantwortlich?

Seite 4

Kurzarbeit



Mythos oder gute Strategie: Kurzarbeit als Rezept gegen Entlassungen?

Seite 16

Belarus



Solidarität mit den Arbeitern in Weißrussland!

Seite 8

Der Kapitalismus steckt weltweit in der Krise!

Nadja Habibi

Einem alten Sprichwort zufolge zeigt sich der wahre Charakter während der Krise. Nichts könnte treffender die Situation des weltweiten Kapitalismus beschreiben. Auf der einen Seite stieg das Vermögen von Amazon-Chef Jeff Bezos allein zwischen März und Mai um 34,6 Milliarden Dollar, in Deutschland werden Milliardenpakete für Konzerne bereitgestellt. Gleichzeitig ist immer noch jedes fünfte Kind in Deutschland arm.

Viele bangen um ihr Einkommen

Während der Pandemie wurde ein historischer Rekord bei der Kurzarbeit erreicht. Über 5 Millionen sind heute (lange nach dem Lockdown) noch in Kurzarbeit. Das bedeutet für viele Probleme, ihre Miete weiterhin zu zahlen. Vor allem wenn man sich vor Augen führt, dass das reiche Deutschland den größten Niedriglohnsektor Europas hat. Uns wird zwar erzählt, dass diese Maßnahmen Arbeitsplätze erhalten sollen, aber die Realität spricht eine andere Sprache: über 2,6 Millionen Menschen sind erwerbslos – das entspricht einer Quote von 5,8 Prozent.

Dabei sind schon jetzt Tausende weitere Massenentlassungen angekündigt, wie bei Airbus, VW, Thyssen, MAN, Daimler und vielen mehr. Die Aktionäre und Kapitalisten stecken sich weiter ihre Profite in die eigene Tasche und können durch das Kurzarbeitergeld nun sogar noch durch Sozialabgaben subventioniert bei den Löhnen sparen.

Die Gewerkschaften sind die Organisationen, über die wir gegen diese Einschnitte betrieblichen Widerstand leisten könnten. Doch stattdessen winken die Gewerkschaftsführungen diese Regelungen durch, verzichten auf eine konsequente Auseinandersetzung und tragen die Propaganda mit, dass Arbeitsplätze durch Kurzarbeit geschützt würden – diese Argumentation hat schon bei der Leiharbeit nicht funktioniert. Der Artikel auf Seite 15 und 16 soll eine Argumentationshilfe gegen diesen Mythos liefern.

Bedingungsloses Grundeinkommen vs. Klassenkampf

Es kursieren verstärkt verschiedene Modelle zum Umbau des Sozialstaats. Aktuell wird zu diesem Zweck eine bundesweite Studie zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) durchgeführt. Für dieses Grundeinkommen gibt es ganz verschiedene Modelle. Katja Kipping schlägt unter anderem vor, ein BGE über höhere Abgaben für Reiche und Konzerne zu finanzieren und mit Arbeitszeitverkürzungen zu kombinieren.

Im Gegensatz dazu spricht man in den Reihen der CDU davon, einfach 500 Euro im Monat für jeden bereitzustellen



und dafür jede Art von Sozialleistungen und finanzieller Unterstützung zu streichen – ein riesiges Ersparnis an Geldern also. Unser Artikel auf Seite 13ff. geht darauf ein, weshalb Marxisten das BGE grundsätzlich für ein schlechtes sozialstaatliches Modell halten und was wir von Ideen wie „Reichtum ohne Arbeit“ und „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ halten.

Jedoch offenbart die Wirtschaftskrise, dass die massive Ungleichheit im Kapitalismus, die sich aus dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital ergibt, immer größer wird. Daran ändert sich auch nichts, wenn sowohl Arm als auch Reich einige Hundert Euro mehr auf dem Konto haben. Stattdessen muss die Politik für Konzerne, Bosse und Reiche konsequent gebrochen werden! Milliardengeschenke für Banken und Konzerne würden von der Bundesregierung weiterhin abgewickelt werden, während die Zwei-Klassen-Medizin aufrechterhalten wird und das privatisierte Gesundheitswesen die Leben der Ärmsten kostet. (siehe S. 4).

Der Kapitalismus steckt weltweit in der Krise

Dass der Kapitalismus nichts mehr für die breite Masse der Bevölkerung – der Arbeiterklasse – anzubieten hat und sich vor Krisen nicht retten kann, sehen auch die Herrschenden. Sie reagieren darauf, indem jeder versucht sich das größte Stück vom Kuchen zu sichern. Imperialistische Spannungen nehmen zu, Beispiele dafür finden sich viele auf der Welt: der Handelskrieg mit China, die Parole „America first“ von Donald Trump, Konkurrenzkampf um Vorherr-

schaft in der EU und so weiter. Auch der international brodelnde Kampf um das Stahlsegment wird intensiver. China ist dabei heute der wichtigste Stahlproduzent, sowie generell aufstrebende Handelsmacht. Die westlichen imperialistischen Mächte nehmen das nicht schweigend hin. Die massive westliche Propaganda für Schutzzölle ist ein Hinweis darauf, dass die herrschende Klasse versucht zu retten, was zu retten ist (siehe dazu S. 12). Doch die zunehmenden innerimperialistischen Spannungen bleiben nicht auf ökonomische Grabenkämpfe beschränkt, sondern auch die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung steigt. Das sehen wir auch am Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland um die Suche nach Erdgas im Mittelmeer, bei der auch Militärfregatten entsendet wurden. (siehe S. 8).



Gemeinsam international kämpfen

Die Herrscher dieser Welt streiten sich um die großen Stücke des Kuchens und wir sollen dabei auf ein paar abfallende Krümel hoffen. Ihr Kampf ist aber nicht der unsrige. Unsere Antwort auf Armut, Wirtschaftskrise und im-

perialistische Spannungen ist nicht Standortnationalismus, sondern internationale Solidarität! Das kapitalistische Chaos können wir nur weltweit bekämpfen, indem wir uns als Arbeiterklasse zusammenschließen und gemeinsam kämpfen. Wir als Offensiv wollen unseren Beitrag dazu leisten – schließ dich uns an!

Unser Aktionsprogramm gegen Corona-Pandemie und Wirtschaftskrise

- **Verstaatlichung des Gesundheitssektors unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Kollegen.** Kostenlosbehandlung aller Patienten. Ausgliederte Bereiche wie Hygiene oder Essensausgabe wieder eingliedern! Plan zur Einstellung von 160.000 Kolleginnen und Kollegen des medizinischen Personals!
- **Freistellung aller Kolleginnen und Kollegen aus Risikogruppen** und mit Kindern oder zu betreuenden Senioren bei voller Lohnfortzahlung.
- **Nein zu Kurzarbeit und Zeitarbeit! Geplante Werkschließungen oder Stellenstreichungen stoppen** Stattdessen: Öffnung der Geschäftsbücher von Großkonzernen und Banken; Dividenden einfrieren und Löhne voll auszahlen!
- **Sofortige Annullierung aller Zwangsräumungen, vorübergehende Aussetzung der Zahlung von Miete, Strom, Wasser und Telekommunikationsdiensten für alle bedürftigen Arbeiterfamilien.**
- **Massive Preissenkung und Deckelung der Preise aller lebenswichtigen Güter.**
- **Drastische Steuererhöhungen auf Unternehmensprofite und Erbschaften. Spekulationsgewinne enteignen.** Freiwerdende Ressourcen zur Ausfinanzierung aller notwendigen Sozialprogramme nutzen!
- **Für einen demokratisch erstellten Wirtschaftsplan,** der die folgenden Bereiche beinhalten muss: Umstellung von Teilbereichen der Produktion auf lebensnotwendige und medizinische Bereiche. Ausbau des Gesundheits- und Bildungssystems, massives Rentenerhöhungsprogramm, gleichmäßiger Ausbau des Streckennetzes, Nahverkehr öffentlich und umsonst!
- **Diktatur des Finanzkapitals brechen: Überführung der Banken und Konzerne der Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der einfachen, arbeitenden Bevölkerung.**

Corona: Droht eine 2. Welle?

KAPITALISTISCHE GESUNDHEITSPOLITIK INMITTEN EINER PANDEMIE

Nadja Habibi

Am 22. August wurde mit 2.034 Corona-Neuinfektionen an einem Tag der höchste Wert seit Mai ermittelt. Die Diskussion um eine zweite Welle der Coronapandemie ist dadurch in aller Munde: wann sie kommen wird, ob sie bereits begonnen hat und ob es schon zu spät ist, sie noch zu verhindern. Die ganze Schuld wird von der bürgerlichen Presse den Rückkehrern zugeschrieben, die nach und nach das Land mit Corona infizieren, weil sie aus Ländern kommen, die – laut der bürgerlichen Presse – nicht so verantwortungsvoll mit der Krise umgehen, wie die Bundesregierung es tue. Was dabei doch meist außen vor gelassen wird ist die Frage, wer überhaupt dafür gesorgt hat, dass das Coronavirus sich so ausbreiten konnte. Wer tatenlos dabei zugeschaut hat, während Konzerne wie Tönnies über 1.500 Mitarbeiter unter widrigen Bedingungen haben weiterarbeiten lassen, um ihre Profite zu maximieren; und wer statt einer konsequenten Eindämmung des Virus Propaganda für #flattenthecurve gemacht hat, also dafür, die Kurve der Infektionen bloß abzuflachen, sodass das privatisierte, kaputtgesparte Gesundheitswesen nicht ausfinanziert werden muss, sondern die Zeit des Infizierens so gestreckt wird, dass die Kapazitäten des Gesundheitswesens nicht überschritten werden.

Gesundheitspolitik für Bonzen

Doch es geht nicht allen schlecht während Wirtschaftskrise und Coronapandemie. Der Gesundheitsminister Spahn hat sich vor Kurzem eine Luxusvilla mitten in Berlin gekauft – für über vier Millionen Euro! Sein Ehemann und er sollen sich in ihrer bisherigen Wohnung „nicht mehr wohl“ und „engeengt“ gefühlt haben, weil er mehrmals in den vergangenen Wochen vor seiner Haustür angesprochen worden sein soll. Scheinbar möchte er mit seinem Umzug in die neue Luxusvilla in einem Nobelviertel eine noch größere Distanz zum wütenden Pöbel schaffen.

Für mehr als nur eine Maskenpflicht

Dass viele den Gesundheitsminister als Mitverantwortlichen für das Corona-Schlamassel kritisieren, ist gerechtfertigt: kostenlose Tests für Urlaubsrückkehrer und Maskenpflicht werden uns als das Hoch aller Schutzmaßnahmen verkauft. Dabei wird nicht mal darüber gesprochen, lokale Testzentren einzurichten, die regelmäßige und kostenlose Testungen vornehmen, damit die Dunkelziffer der Infektionen minimiert werden kann. Oder darüber dass die Taktun-



gen der Bahnen während der Pandemie geändert wurden, da weniger Menschen mit dem Öffentlichen Nahverkehr fahren. Sondern damit die teilprivatisierte Deutsche Bahn sparen kann und die Profite für ihre Aktionäre gesichert sind, wird dafür gesorgt, dass nun weniger Züge fahren und diese dafür weiterhin überfüllt sind und das Risiko einer Ansteckung für alle Fahrgäste erhöht wird.

Falsche Versprechungen für medizinisches Personal

Von den Prämien für Pflegekräfte, die das Gesundheitsministerium angekündigt hat, ist nach einem halben Jahr Pandemie immer noch nichts zu sehen. Das, was bleibt, sind Cremes, die als „Dankeschön“ in Krankenhäusern verteilt werden und Applaus, der nichts kostet, von dem eine Pflegekraft aber auch nicht ihre Miete bezahlen kann. Der Respekt, der den sogenannten systemrelevanten Berufen zurzeit von der Gesellschaft entgegengebracht wird, wäre eigentlich die perfekte Ausgangssituation für die Gewerkschaften, in die Offensive zu gehen, um eine gute Personalbemessung, höhere Löhne und die Rückverstaatlichung der Krankenhäuser zu fordern.

Pandemie plus Kapitalismus endet im Chaos

Wir sehen gerade klar, dass die Ideologie davon, die Infektionskurve abzuflachen, oder davon Milliardengeschenke für Konzerne zu schnüren und davon, dass Gesundheit eine Ware ist und auch bleiben soll, nicht die unsrige sind. Unser Interesse als arbeitende Klasse liegt darin, uns gegen das Virus zu schützen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem steht uns dabei nur im Weg – es ist höchste Zeit, es umzuwerfen! ■

Wem gehört das Mittelmeer?

ZUM KONFLIKT ZWISCHEN DER TÜRKEI UND GRIECHENLAND



Vincent Schwarz

Im östlichen Mittelmeer belauern sich seit Wochen griechische und türkische Kriegsschiffe. Nachdem die Türkei das Forschungsschiff Oruc Reis zur Erkundung von Öl- und Gasvorkommen unter dem Meeresboden in eine rechtlich umstrittene Region entsandt hat – begleitet von Militärbooten –, sind beide Seiten in höchster Alarmbereitschaft und haben ihre Militärpräsenz mehrfach erhöht. Griechenland sieht seine Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) verletzt und beruft sich dabei auf die UN-Seerechtskonvention, welche die Türkei jedoch nie unterzeichnet hat. Der Konflikt um die Seegrenze schwelt schon lange; warum bricht er gerade jetzt wieder auf?

Wirtschaftskrise und Handelskrieg

Die Dynamik der Weltwirtschaftskrise übt Druck auf die nationale Bourgeoisie aller regionalimperialistischen Mächte und der imperialistischen Kernländer aus. Sie hat den Kampf um die Rettung der eigenen Profite, um Märkte und Rohstoffe weiter verschärft. Und damit den Druck, die Welt neu aufzuteilen.

Die Türkei steht wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand. Durch die Krise ist der Tourismus eingebrochen und Investitionen aus dem Ausland sind stark zurückgegangen. Die Lira befindet sich im freien Fall und die Arbeitslosigkeit steigt. Außerdem hat die Türkei ein relativ hohes Handelsbilanzdefizit, wobei der Energieimport eine große Rolle spielt. Erdogan hat also ein mehrfaches Interesse daran, die Öl- und Gasreserven im Mittelmeer für sich zu beanspruchen: Energetische Unabhängigkeit, Aufbesserung der Handelsbilanz und Ablenkung von sozialen Missständen im eigenen Land.

Dafür nimmt er den Konflikt mit Griechenland und der EU insgesamt in Kauf. Diese stellt sich zwar rhetorisch hinter Griechenland, zögert aber mit Sanktionen, weil sie auf die Türkei als Türsteher gegen Flüchtlinge und Absatzmarkt für Rüstungsgüter nicht verzichten will. In diesen Tagen zeigt sich einmal mehr anschaulich, dass weder die NATO noch

die EU irgendetwas mit einem „Wertebündnis“ zu tun haben. Dass Frankreich Griechenland jetzt heroisch zur Hilfe eilt, liegt vielmehr an seinen eigenen Interessen in der Region: u.a. ist der französische Ölkonzern Total an Bohrungen in der Nähe von Zypern beteiligt und fürchtet um den Zugriff auf weitere Quellen.

Kampf ums Mittelmeer

Noch wichtiger ist für Frankreich jedoch, die Türkei in die Schranken zu weisen bei dem Versuch, ihren Einfluss im östlichen Mittelmeerraum weiter auszudehnen. Insbesondere im ölreichen Libyen, wo die Türkei enge Beziehungen zur international anerkannten Regierung pflegt, während Frankreich inoffiziell die Rebellen unterstützt. Die Konflikte überschneiden sich stark. Auch Ägypten unterstützt in Libyen die Rebellen, steht nun auf der Seite Griechenlands und hat seit dem Sturz des ehemaligen Präsidenten Mursi grundsätzlich ein schlechtes Verhältnis zur Türkei. Auch Israel und Zypern stellen sich gegen die türkischen Großmachtansprüche. Die Türkei ist weitgehend isoliert. Ihr größter Trumpf ist die Schwäche der EU und (bisher) die Unentschlossenheit der USA.

Kampf dem Imperialismus!

Selbst wenn in dem konkreten Konflikt um die AWZ erfolgreich verhandelt werden kann: die Konfliktlinien in der Region werden bleiben und wieder aufbrechen. Wir müssen mit einer weiteren Zunahme interimperialistischer Spannungen, der Auflösung und Neubildung von Allianzen und steigender Kriegsgefahr rechnen.

Die Triebfeder dieser Konflikte sind die kapitalistische Krise und mit ihr der Druck, den die globalen Machtverschiebungen auf die herrschende Klasse jeder Nation im Kampf um Ressourcen ausüben. Ihre Konkurrenz um Profite treibt sie um den ganzen Globus – doch wie in vielen anderen Kampffeldern heute sind die Rivalitäten der herrschenden Klasse nicht die der Arbeiter. Sie haben gemeinsame Interessen: ein Leben frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg; und den gemeinsamen Kampf, um die Bourgeoisie aller Länder zu diesem Zweck zu stürzen.

Der einzige Weg, dem Elend von Ausbeutung und Krieg ein Ende zu setzen, ist die Aufhebung der Triebkraft des Imperialismus: der Konkurrenz zwischen Konzernen und zwischen den Staaten. Eine friedliche Welt kann nur eine sein, in der die gesellschaftliche Produktion demokratisch kontrolliert wird und nicht dem Profit von wenigen dient, sondern den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung. Eine solche Welt kann nur die organisierte Arbeiterklasse mit einer revolutionären marxistischen Partei an der Spitze erkämpfen. Wir wollen eine solche Partei aufbauen. ■

Karl Radek: Leo Trotzki,



der Kriegshandlung Friedrichs des Großen gewidmet ist – nur vier Werke über militärische Themen: August Bebel's Pamphlet über die Miliz, Gaston Mochs Buch über die Miliz, die beiden Bände der Kriegsgeschichte von Schulz und das Buch von Jaurès, das der Propaganda der Idee der Miliz in Frankreich gewidmet ist. Mit Ausnahme der Bücher von Schulz und Jaurès [...] ist alles, was die sozialistische Literatur seit Engels' Tod zu militärischen Themen veröffentlicht hat, schlechter Dilettantismus. [...]

Ursprung des Konzepts der Roten Armee

Zum Todestag des russischen Revolutionärs Leo Trotzki veröffentlichen wir diesen bisher nicht in Deutsch verfügbaren Artikel Karl Radeks. Er wurde erstmals 1923 in verschiedenen Blättern der internationalen kommunistischen Bewegung veröffentlicht. Als der stalinistische Agent Ramón Mercader Trotzki in seinem Exil in Mexiko vor 80 Jahren tödlich verwundete, hatte die stalinistische Geschichtsfälschung bereits beinahe zwei Jahrzehnte versucht, Trotzki's Rolle in der russischen Revolution aus den Geschichtsbüchern zu tilgen. Karl Radek selbst kehrte Trotzki unter dem Druck der Konterrevolution schließlich den Rücken und kam Ende der 1930er Jahre in einem stalinistischen Arbeitslager um. Dieser Text bleibt nichtsdestotrotz ein wichtiges Zeugnis, das Licht auf die vom Stalinismus verbreiteten Lügen wirft:

Die Geschichte hat unsere Partei auf verschiedene Aufgaben vorbereitet. Wie defekt unser Staatsapparat oder unsere Wirtschaftstätigkeit auch sein mag, die gesamte Vergangenheit der Partei hat sie psychologisch auf die Arbeit zur Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung und eines neuen Staatsapparates vorbereitet. [...] Wir fangen gerade erst an, das Wunder der Wirtschaft zu erlernen. Unser Staatsapparat knarrt und ächzt. In einer Sache waren wir jedoch überaus erfolgreich – in unserer Roten Armee. Ihr Schöpfer, ihr zentraler Wille, ist Genosse L.D. Trotzki. [...]

Marxistische Militärliteratur war Mangelware

Die Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus half Genosse Trotzki nur wenig bei der Lösung der Probleme, mit denen die Partei konfrontiert war, als sie vom Weltimperialismus bedroht war. Wenn wir die gesamte sozialistische Literatur der Vorkriegszeit durchsehen, finden wir – mit Ausnahme einiger wenig bekannter Werke von Engels, einiger Kapitel in seinem Anti-Dühring, die der Entwicklung einer Strategie gewidmet sind, und einiger Kapitel in

Mehring's hervorragendem Buch über Lessing, das

Ich weiß nicht, inwieweit sich Genosse Trotzki vor dem Krieg mit Fragen der Militärtheorie beschäftigt hat. Ich glaube, dass er seinen begabten Einblick in diese Fragen nicht aus Büchern gewann, sondern seinen Anstoß in dieser Richtung zu der Zeit erhielt, als er als Korrespondent im Balkankrieg [...] tätig war. [...]

Trotzki ist der Autor der ersten Broschüre, die eine detaillierte Analyse der Ursachen für den Zerfall der [Zweiten, Anm.d.U.] Internationale enthält. Selbst angesichts dieses großen Zerfalls verlor Trotzki nicht den Glauben an die Zukunft des Sozialismus; im Gegenteil, er war zutiefst davon überzeugt, dass all jene Eigenschaften, die die Bourgeoisie im uniformierten Proletariat zu kultivieren bemüht ist, um ihren eigenen Sieg zu sichern, sich bald gegen die Bourgeoisie wenden und nicht nur der Revolution, sondern auch den revolutionären Armeen als Grundlage dienen würden. Eines der bemerkenswertesten Dokumente seines Verständnisses der Klassenstruktur der Armee und des Geistes der Armee ist die Rede, die er [...] über Kerenskis Juli-Offensive hielt. In dieser Rede sagte Trotzki den Zusammenbruch der Offensive voraus, nicht nur aus militärtechnischen Gründen, sondern auf der Grundlage der politischen Analyse des Zustands der Armee. „Ihr“ – und hier wandte er sich an die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre – „fordert von der Regierung eine Revision der Kriegsziele. Damit sagt ihr der Armee, dass die alten Ziele, in deren Namen der Zarismus und die Bourgeoisie unerhörte Opfer forderten, nicht den Interessen der russischen Bauernschaft und des russischen Proletariats entsprachen. Ihr habt keine Revision der Ziele des Krieges erreicht. Ihr habt nichts geschaffen, um Zar und Vaterland zu ersetzen, und dennoch verlangt ihr von der Armee, dass sie für dieses Nichts ihr Blut vergießt. Wir können nicht umsonst kämpfen, und euer Abenteuer wird in einem Zusammenbruch enden.“ Das Geheimnis von Trotzki's Größe als Organisator der Roten Armee liegt in seiner Haltung zu dieser Frage.

Organisator des Sieges

Alle großen Militärschriftsteller betonen die ungeheuer entscheidende Bedeutung des moralischen Faktors im Krieg. Eine Hälfte von Clausewitz' großartigem Buch ist dieser Frage gewidmet, und unser ganzer Sieg im Bürgerkrieg ist dem Umstand zu verdanken, dass Trotzki dieses Wissen um die Bedeutung des moralischen Faktors im Krieg auf unsere Realität anzuwenden wusste [...]

Als im April 1918 die besten zaristischen Offiziere, die nach unserem Sieg in der Armee blieben, zusammenkamen, um gemeinsam mit unseren Genossen und einigen militärischen Vertretern der Alliierten den Organisationsplan für die Armee auszuarbeiten, hörte Trotzki ihren Plänen mehrere Tage lang [...] schweigend zu. Es waren die Pläne von Menschen, die den Umbruch, der sich vor ihren Augen abspielte, nicht begriffen. Jeder von ihnen antwortete auf die Frage, wie eine Armee nach dem alten Muster organisiert werden sollte. Sie begriffen nicht die Metamorphose, die im menschlichen Material, auf dem die Armee basiert, vollzogen wurde. Wie lachten die Kriegsexperten über die ersten freiwilligen Truppen, die Genosse Trotzki in seiner Eigenschaft als Kriegskommissar organisierte! Der alte Borissow, einer der besten russischen Militärschriftsteller, versicherte den Kommunisten, mit denen er immer wieder in Kontakt kommen musste, dass aus diesem Unterfangen nichts werden würde, dass die Armee nur auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut und durch eiserne Disziplin aufrechterhalten werden könne. Er begriff nicht, dass die freiwilligen Truppen die sicheren Grundpfeiler waren, auf denen das Bauwerk errichtet werden sollte, und dass die Massen der Bauern und Arbeiter sich unmöglich wieder um die Kriegsflagge scharen konnten, wenn die breiten Massen nicht in tödliche Gefahr gerieten. Ohne auch nur einen Augenblick zu glauben, dass die Freiwilligenarmee Russland retten könnte, organisierte Trotzki sie als einen Apparat, den er für die Schaffung einer neuen Armee benötigte.

Inanspruchnahme der bürgerlichen Spezialisten

Aber Trotzki's Organisationsgenie und seine Kühnheit im Denken kommen noch deutlicher zum Ausdruck in seiner mutigen Entschlossenheit, die Kriegsspezialisten für die Schaffung der Armee heranzuziehen. [...] [D]ie Idee, dass wir mit Hilfe der zaristischen Offiziere ein Instrument zur Verteidigung der Republik, eine Armee, schaffen könnten, stieß auf hartnäckigen Widerstand. Wer käme auf die Idee, die weißen Offiziere, die gerade entwaffnet worden waren, wieder zu bewaffnen? [...] Das Misstrauen gegenüber unseren militärischen Funktionären konnte nur zerstreut werden, ihre Zustimmung zur Nutzung des Wissens, das die alten Offiziere besaßen, konnte nur gewonnen werden durch den brennenden Glauben Trotzki's an unsere gesellschaftliche Kraft, den Glauben, dass wir von den Kriegsexperten den Nutzen ihrer Wissenschaft erhalten konnten, ohne ihnen zu erlauben, uns ihre Politik aufzuzwingen; den Glauben, dass die revolutionäre Wachsamkeit der fortschrittli-

chen Arbeiter sie in die Lage versetzen würde, alle konterrevolutionären Versuche der Stabsoffiziere zu überwinden.

Trotzkis magnetische Energie

Um als Sieger hervorzugehen, musste die Armee von einem Mann mit eisernem Willen angeführt werden, und dieser Mann musste nicht nur das volle Vertrauen der Partei besitzen, sondern auch die Fähigkeit, den Feind, der gezwungen ist, uns zu dienen, mit seinem eisernen Willen zu unterwerfen. Doch es ist Genosse Trotzki nicht nur gelungen, selbst die höchsten Stabsoffiziere seiner Energie zu unterwerfen. Er hat noch mehr erreicht: Es ist ihm gelungen, das Vertrauen der besten Elemente unter den Kriegsexperten zu gewinnen und sie von Feinden Sowjetrusslands zu ihren zutiefst überzeugten Anhängern zu bekehren. Ich war Zeuge eines solchen Sieges Trotzki's zur Zeit der Verhandlungen von Brest-Litowsk.

[...] Es versteht sich von selbst, dass dieser große Sieg an der inneren Front, dieser moralische Sieg über den Feind, nicht nur das Ergebnis von Trotzki's eiserner Energie war, die ihm universelle Achtung verschaffte [...] dieser Sieg erforderte auch die Selbstlosigkeit von Zehntausenden unserer Kameraden in der Armee, eine eiserne Disziplin in den eigenen Reihen, ein konsequentes Streben nach unseren Zielen; er erforderte auch das Wunder, dass jene Menschenmassen, die erst gestern vom Schlachtfeld geflohen sind, heute unter viel schwierigeren Bedingungen wieder zu den Waffen für die Verteidigung des Landes greifen. [...]

Unsere Armee war eine Armee von Bauern, und die Diktatur des Proletariats in Bezug auf die Armee, d.h. die Führung dieser Bauernarmee durch Arbeiter und durch Vertreter der Arbeiterklasse, wurde in der Persönlichkeit Trotzki's und in den mit ihm zusammenarbeitenden Genossen verwirklicht. Trotzki war in der Lage, mit Hilfe des gesamten Apparates unserer Partei der vom Krieg erschöpften Bauernarmee die tiefste Überzeugung zu vermitteln, dass sie in ihrem eigenen Interesse kämpfte.

Untrennbar mit der Geschichte verbunden

Trotzki arbeitete bei der Bildung der Roten Armee mit der ganzen Partei zusammen. Ohne die Partei hätte er seine Aufgabe nicht erfüllt. Aber ohne ihn hätten die Schaffung der Roten Armee und ihre Siege unendlich größere Opfer gefordert. Unsere Partei wird in die Geschichte als die erste proletarische Partei eingehen, der es gelang, eine große Armee zu schaffen, und diese helle Seite in der Geschichte der russischen Revolution wird immer mit dem Namen Leo Dawidowitsch Trotzki verbunden sein, mit dem Namen eines Mannes, dessen Arbeit und Taten nicht nur die Liebe, sondern auch das wissenschaftliche Studium der jungen Generation von Arbeitern beanspruchen werden, die sich auf die Eroberung der ganzen Welt vorbereiten.

Belarus: Der Kampf der Arbeiterklasse ist der einzige Weg!

BEFREIT BELARUS - VON KAPITALISMUS UND KLASSENUNTERDRÜCKUNG!



Erklärung der Marxistischen Organisation
Offensiv

Neben einer Reihe von politischen Protesten gegen das Lukaschenko-Regime hat letzte Woche auch eine Streikwelle Weißrussland erfasst. Etliche weißrussische Staatsbetriebe wurden bestreikt: Bergarbeiter der Belaruskali, dem größten Kaliproduzenten der Welt in Salihorsk, Stahlarbeiter der BMZ Stahlwerke in Zhlobin, Arbeiter der LKW-Werke und der Autohersteller in Minsk, Arbeiter aus Elektronunternehmen, Ölraffinerien, Chemiefabriken, Glasfaserherstellern und weiteren Betrieben – sie alle traten am 17. August in den Streik. Und selbst in den Betrieben, die Lukaschenko für seine Verteidigungsreden ausgewählt hat, wurde er niedergeschrien: „Geh weg“, schrien die Arbeiter des MZKT-Fahrzeugherstellers ihm entgegen – „Danke“ antwortete Lukaschenko.

Viel mehr hat er seiner Arbeiterklasse, der er nun mit Entlassungen droht, deren Rentenalter er noch früher als in Russland angehoben hat, die seit der Restauration des Kapitalismus viele Einbußen hinnehmen musste, deren Gewerkschaften und Arbeitsrechte er seit Jahren bekämpft und die keine Stimme in der weißrussischen Parlamentswahl hatte, auch nicht mehr zu sagen. Und nicht er, sondern die kämpfende Arbeiterklasse, ist die einzige soziale Kraft, die einen Ausweg aus den sozialen und politischen Problemen in Weißrussland erkämpfen kann.

Es ist schwer zu bewerten, wie viele Wähler in Weißruss-

land wirklich für Lukatschenko stimmten – dass es sich um Wahlfälschung handelt, ist sehr wahrscheinlich, war doch das landesweite Internet am 9. August massiv einschränkt, Wahlbeobachter behindert und das Militär in Minsk zusammengezogen. Gleichzeitig ist es mehr als fragwürdig, ob die Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja, wie es westliche Medien behaupten, eine freie Parlamentswahl wirklich gewonnen hätte. Selbst alternative Berechnungen der Opposition zeigen eine deutliche Schwächung Lukaschenkos, aber dennoch einen knappen Wahlsieg des Präsidenten. Klar ist, dass die weißrussischen Oppositionsführer alles andere sind als Verteidiger der Interessen

der Arbeiterklasse.

Die liberale Opposition hat der Arbeiterklasse nichts anzubieten!

Die Präsidentschaftskandidaten, die noch vor der Wahl verhaftet wurden – Sergej Tichanowskaja, Valery Tsepkalo und Victor Babariko – sind direkte Wortführer der weißrussischen Bourgeoisie. Valery Tsepkalo war ehemals Botschafter in den USA und ist der Direktor eines Silicon Valley nachempfundenen High-Tech Parks in Minsk, der seit Jahren für eine radikal neoliberale Privatisierungsagenda eintritt, Victor Babariko ist ein ehemaliger Bankmanager und einer der reichsten Männer Weißrusslands, und Sergej Tichanowskaja ein wirtschaftsliberaler Blogger und wohlhabender Inhaber mehrerer Nachtclubs. Hinter dieser bürgerlichen „Opposition“ steht das Programm massiver Privatisierungsprogramme und eines Angriffs auf die Arbeiterklasse. Das ist der Grund, warum die EU, die seit Jahren mit dem Arbeiterfeind und radikalen Theokraten Erdogan dealt und die in der Ukraine faschistischen Milizen zum Sturz des ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch den Rücken freihielt, Lukaschenko zur „persona non grata“ erklärt und Sanktionen androht, und warum mächtige westliche Institutionen unzählige Projekte für Privatisierungen und politische Einflussnahme in Belarus unterhalten: der „German Marshall Fund“ mit seinem „Fund for Belarus Democracy“, die Weltbank, die „European Bank für Re-

construction and Development“.

Den Imperialismus von NATO und EU kümmert die Freiheit des weißrussischen Volkes nicht. Es kümmert sie nicht, ob Tichanowskaja wirklich eine Mehrheit in der Wahl gewonnen hat, in der linkere Kandidaten nicht einmal antreten durften, um sie zur rechtmäßigen Präsidentin zu erklären und ihr „Koordinationskomitee“ anzuerkennen. Sie will nicht die Weißrussen in die Demokratie führen – das haben die Ereignisse in der Ukraine bewiesen – sondern Weißrussland um seinen Staatsbesitz erleichtern, damit sie ihn an ihre Konzerne übergeben können. Dasselbe ist nach dem Eingreifen des Westens in Bolivien und der Ukraine passiert: vor genau einem Jahr hat nun der EU-treue westukrainische Staatspräsident das Moratorium aufgehoben, das seit gut 20 Jahren die Privatisierung von über tausend Staatsbetriebe verhindert hat.

Doch auch der russische Imperialismus hat nichts zur Befreiung der weißrussischen Arbeiterklasse beizutragen. Genauso wie der Westen sieht Putin Weißrussland als Spielball im Konflikt um geopolitische Einflusszonen und wird seinen Einfluss im angrenzenden Weißrussland nicht einfach aufgeben. Ob er dafür Lukaschenko oder einen anderen Kandidaten stützt, ist für ihn keine Prinzipienfrage, sondern hängt von dessen Bereitschaft ab, Zugeständnisse an die russischen Interessen zu machen. Zu diesem Zweck nutzt Putin die innenpolitische Krise in Weißrussland aus: um Lukaschenko zu Zugeständnissen an Russland zu zwingen. Ihm geht es um den Zugang zum Mittelmeer im Süden des Landes, und um den Suwalki-Korridor, der Weißrussland von der russischen Enklave Kaliningrad trennt – und damit von Abschussrampen atomar bestückbarer Iskander-Raketen. Und es geht ihm um die 1200 Kilometer lange Grenze zu Lettland, Litauen und Polen, an der die Nato nach der Krim-Krise schnelle Eingreiftruppen schuf. All diese Faktoren sind in der Situation wachsender internationaler Spannungen für Putin von entscheidender Bedeutung.

Lukaschenkos kapitalistisches Regime hat für Arbeiter und Arme ausgedient.

Die Arbeiterklasse in Weißrussland hat immer noch viel zu verlieren. Weißrussland unterscheidet sich heute noch stark von den Ländern in seiner östlichen und südlichen Nachbarschaft, wie Russland, der Ukraine und Moldawien. Als Lukaschenko 1994 an die Macht gelangte, führte er keine Massenprivatisierungen und Zerstörungskampagnen gegen die soziale Infrastruktur durch. Er folgte nicht dem Kurs von Boris Jelzin und seinem Wirtschaftsminister Jegor Gaidar, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion marktliberale Reformen vorgaben. Die meisten Großunternehmen blieben Staatseigentum. Das ist es, was die Besorgnis der EU und der USA um die „Befreiung Weißrusslands“ antreibt.

Genauso wichtig ist es aber zu sehen, dass Lukaschenko nicht derjenige ist, der es verteidigen wird. Auch wenn Lukaschenko einige soziale Errungenschaften innerhalb des Kapitalismus aufrechterhalten hat, so war er dennoch derjenige, der die Weichen für die kapitalistische Restauration Weißrusslands gestellt hat, der die Türen für weitere Privatisierungen öffnete. Sein Regime trägt einen kapitalistischen Charakter, in dem Lukaschenko und verschiedene Sekto-

ren der Bourgeoisie und des Staatsapparats – manche davon befinden sich heute in der Opposition – auch mithilfe der Staatskonzerne und auf Kosten der Arbeiterklasse ihre Geschäfte abgewickelt haben. Seit Jahren laviert das Lukaschenko-Regime zwischen den Klassenkräften im Inland und den verschiedenen Cliques des Imperialismus, um seine Macht zu erhalten. Das hat zu so absurden Manövern geführt, wie dass sich Lukaschenko 2010 mit Vertretern des Rothschild-Imperiums traf, um über eine Zusammenarbeit auf dem weißrussischen Markt zu verhandeln. Die Republik Weißrussland unterhält heute eine eigene Agentur „für Investitionen und Privatisierungen“ und sucht die enge Kooperation mit der Welthandelsorganisation.

Der unabhängige Kampf der weißrussischen Arbeiterklasse ist der einzige Ausweg!

Auf parlamentarischer Ebene hatte die Arbeiterklasse in dieser Wahl keine echte Entscheidungsfreiheit. Keiner der wählbaren Kandidaten war ein Vertreter der Arbeiter. Doch die weißrussische Arbeiterklasse ist eine mächtige soziale Kraft – objektiv zweifellos die mächtigste soziale Kraft im ganzen Land –, die gerade erst aufs Neue in den Kampf getreten ist. Gleichzeitig darf nicht ignoriert werden, dass sie erst am Anfang des Weges zum Aufbau einer mächtigen eigenen Kampfkraft und politischer Organisationen steht. Lukaschenkos Politik des Lavierens zwischen den Klassen und der Unterdrückung einer echten, kämpferischen Arbeiterbewegung, hat diese Aufgabe in vielerlei Hinsicht erschwert.

Mit dieser Politik hat Lukaschenko dem westlichen Imperialismus einen entscheidenden Vorteil eingeräumt. Die Kräfte, die heute für Massenprivatisierungen und den Kahl-schlag des Gesundheits- und Sozialwesens stehen, konnten unter seiner Hand wachsen.

Die Arbeiterklasse darf nicht auf Lukaschenko vertrauen und muss die Verwirrungstaktik der liberalen Oppositionsführer klar zurückweisen! Sie muss ihre eigenen Waffen schmieden, um sich gegen die Kräfte zu wehren, die ihnen ihre letzten Sicherheiten rauben und sie dem internationalen Finanzkapital zum Fraß vorwerfen wollen, und das verrottene und autoritäre Regime von Lukaschenko mit ihren eigenen Vertretern ersetzen.

Die Fabrikarbeiter, Stahlarbeiter, Bergarbeiter, Alten, Jungen und Frauen in Weißrussland müssen eigene Organisationen aufbauen, mit denen sie ihre Interessen erkämpfen können. Sie brauchen ein Klassenprogramm: für unabhängige und schlagkräftige Gewerkschaften, die Rückverstaatlichungen der privatisierten Wirtschaftssektoren und die Beseitigung der Korruption in den Staatskonzernen unter Kontrolle der Arbeiterklasse, gegen jede Form der Intervention imperialistischer Agenten des Westens oder durch Russland, für die Verteidigung der Sozialleistungen, des öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesens, und dem Wiederaufbau aller sozialen Errungenschaften die der Arbeiterschaft seit den Zeiten der Sowjetunion genommen wurden.

Für den Aufbau von Arbeiter- und Bauernräten über ganz Weißrussland und die Machtübernahme der Arbeiterklasse als erster Schritt zum Aufbau des Sozialismus! Nur das Volk kann das Volk befreien! ■



Fyn Hansow, Juri Zinn

Seit Anfang des Jahres kommen immer mehr Details eines ungeheuren Betruges ans Tageslicht: Während Tausende Menschen in Deutschland 2020 Kurzarbeit, Entlassungen und Lohnrückerei fürchten müssen, hat der Vorstand des Münchener DAX-Unternehmens „Wirecard“ – ein Anbieter von Online-Zahlungsdiensten – positive Bilanzen erfunden, um sich finanziell zu bereichern.

Die Finanzaufsicht BaFin, die zuständigen Wirtschaftsprüfer und die Politik – mit Wirtschaftsminister Altmaier, Finanzminister (und Kanzlerkandidat!) Scholz und dem gesamten Kabinett Merkel an der Spitze – waren nicht „blind“; sie haben bewusst ihre Augen verschlossen und noch im letzten Jahr immer wieder den deutschen „Online-Hoffnungsträger“ verteidigt, während die dubiosen Geschäfte in anderen Ländern schon längst die Behörden auf den Plan gerufen haben!

Korruption und Kapitalismus

Das ist kein Zufall. Unser Wirtschaftssystem, der Kapitalismus, trägt Korruption tief in sich. Auch wenn Deutschland den Ruf eines „seriösen Finanzstandorts“ aufrechterhält, zeigt ein näherer Blick, dass Korruption in Politik und Wirtschaft weit verbreitet ist. So waren 2018 von allen offiziell angezeigten Korruptionsstraftätern mehr als 3/4 Amtsträger. Dazu kommen allerlei erlaubte Formen der Bestechung und Vorteilnahme von Politikern, Beamten und der Wirtschaft.

Dass nicht jeder bürgerliche Staat zum Paradies für Geldschmuggler und Betrüger wird, wie es die Philippinen sind – über die ein Großteil des Diebstahls der Wirecard-Bosse abgelaufen ist – hat seine Gründe: ein weniger korrupter Rechtsstaat schafft größere Sicherheit und Verbindlichkeit für die Geschäfte der gesamten Kapitalistenklasse. Dennoch bleibt ein kapitalistischer Staat durch allerlei Möglichkeiten nutzbar für die Klasse der Kapitalisten, so dass deren Interessen immer im Vordergrund stehen werden.

Darum darf die Beschäftigung mit der Korruption nicht davon ablenken, dass auch der Regelbetrieb auf die Enteignung der Arbeiterklasse hinausläuft. Das Bürgerliche Gesetzbuch verteidigt das private Eigentum an Produktionsmitteln – an Fabriken, Maschinen, Ländereien usw., die von zentralster Bedeutung für die Erwirtschaftung und Planung des gesellschaftlichen Reichtums sind –, über das völlig undemokratisch und entlang der Profitinteressen einzelner

Wirecard: „Die schwarzen Herde weiter Die Politik und

privater Eigentümer entschieden wird. In etlichen Ländern dieser Welt drücken Arbeitgeber Löhne, zerschlagen Sozialsysteme, schaffen Steueroasen für Finanzmärkte und Bergbaukonzerne – völlig legal.

Egal ob Schäuble mit Schwarzgeldkoffern erwischt wird, ein Gerhard Schröder nach seiner Amtszeit bei Gazprom im gut bezahlten Vorstand landet, Jungpolitiker wie Amtshor über 2000 „Aktioptionen“ für „gewisse Gefallen“ im Bundestag bekommen, Millionen Euro an Parteispenden direkt von Großkonzernen ausgehen oder sich alle an die legalen Spielregeln halten: Im Kapitalismus bleibt das Resultat das Gleiche. Reiche bestimmen die Politik. Für die Interessen von Arbeitern und Armen bleibt da kein Platz.

Marsalek und Co.: Von Banken-Lieblingen zu Geächteten

Dass etwas Derartiges wie bei Wirecard möglich war ist nur das letzte Beispiel, auch wenn es durch die schieren Ausmaße und die besondere Dreistigkeit heraussticht. Der ehemalige Chef Markus Braun (inzwischen in Untersuchungshaft sitzend), der Vorstand Jan Marsalek (auf der Flucht) und ihre internationalen Gehilfen, die sich auf dem Rücken von Hunderten ehrlichen Beschäftigten, die jetzt vor eine insolventen Scherbenhaufen stehen, bereichert haben, zählen zweifellos zu den widerlichsten Fratzen eines Systems, das privaten Gewinn über Alles stellt. Ihre Verbrechen gehören restlos aufgedeckt, ihre Vermögen eingefroren und enteignet.

Aber die kritischeren bürgerlichen Kommentatoren haben zu Recht die Frage aufgeworfen: Wie konnte es dazu kommen? Denn das System, mit dem Marsalek und Co. milliardenschwere Kredite an Wirecard direkt in ihre eigenen Taschen umgeleitet haben, war denkbar einfach. Durch Kontaktpersonen aufgebaute Satellitenfirmen haben Umsätze erfunden und so die Bilanzen eines scheinbar stetig wachsenden Konzerns gefälscht, der daraufhin die großzügigen Kredite von 15 Banken ausgeschöpft und das Geld über die Partnerfirmen wieder hat verschwinden lassen. 2018 haben Banken wie die Commerzbank Wirecard auf diese Weise noch einen Kreditrahmen von 1,75 Milliarden Euro gewährt!

Die Heuchelei der „Experten“

Jeder, der sich einen neuen Fernseher über Raten finan-

wärzesten Schafete, damit die grasen kann“ der Wirecard-Skandal

zieren will, muss seine Zahlungsfähigkeit im Detail nachweisen, aber das größte Bankenconsortium in Deutschland fragt nicht einmal nach, ob die angegebenen Konten überhaupt existieren, bevor es Milliarden an Euro bewilligt? Wirtschaftsprüfer wie Ernst & Young oder KPMG wollen über Jahre hinweg auch nichts bemerkt haben, können aber gleichzeitig höchst lukrativ als Unternehmensberatung für eben jenes Unternehmen tätig sein.

Aber die Insider und „Experten“, die jetzt bei Forderungen nach dieser oder jener kleinen Reform der Finanz- und Wirtschaftsprüfung stehen bleiben, die mehr Personal und Ausstattung für die zentrale Finanzaufsicht BaFin fordern und meinen, auf diese Weise so etwas in Zukunft verhindern zu können (wie es Olaf Scholz im Auftakt seines Wahlkampfes für die Kanzlerkandidatur getan hat) wollen tatsächlich gar nichts verändern!

Ja, die BaFin hatte über Jahre hinweg nur einen zuständigen Mitarbeiter für gesamt Wirecard. Aber war das ein Ausdruck mangelnder Kapazitäten? Wohl kaum, so konnten sie 2018 noch einen Rechtsstreit mit der Financial Times vom Zaun brechen – weil diese einen kritischen Artikel über Wirecard veröffentlichen wollte!

Kampf der bürgerlichen Politik und dem Finanzkapital!



Ob korrupt oder nicht: Kapitalismus bedeutet die Ausbeutung der Arbeiterklasse!

Hätten wir es statt mit einer Ausbeuterklasse nur mit einzelnen Räubern wie Marsalek zu tun – wie viel einfacher wäre unser Leben! Denn der größte Skandal von allen ist doch längst aufgedeckt, wird in den bürgerlichen Medien aber nicht als solcher thematisiert: die alltäglichen Angriffe auf Arbeiterinnen und Arbeiter; die Milliardenprofite, die heute als Unternehmensgewinne völlig legal auf die Konten privater Anleger fließen, während die Millionen, die ihre Profite erarbeiten, in die Kurzarbeit geschickt werden, für weitere Millionen Entlassungen und Altersarmut drohen und lang erkämpfte Arbeitsrechte wie die 40-Stunden-Woche scheinbar zurückgedreht werden. Ist das die Politik der „ehrlichen“ Unternehmen, von denen uns die bürgerlichen Medien erzählen?

In einer Welt, in der unsere ehrliche Arbeit für die Profite einer Klasse an Kapitalisten ausgequetscht wird, egal ob bei Online-Dienstleistern oder in anderen Branchen, egal ob unter „ehrlichen“ Unternehmen (wie die, die das insolvente Wirecard jetzt übernehmen wollen) oder in solchen Betrugsimperien wie Wirecard, egal ob auf den Philippinen oder in der westlichen Welt: den Gewinn streichen die Bosse und ihre Politiker ein. Die Leidtragenden sind am Ende die Beschäftigten.

Ein konsequenter Kampf gegen jede Form der Ausbeutung – durch Verbot von Parteispenden, Offenlegung aller Bücher und Finanzen, Überführung der größten Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratische Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter, Ausräucherung der internationalen Steuerschlupflöcher und Verfolgung aller korrupten Emigranten – würde direkt an die Eingeweide des kapitalistischen Systems gehen; ein System, das für die etablierte Politik höchst lukrativ ist.

Und natürlich muss auch der Wirecard-Skandal restlos aufgeklärt werden: In Hamburg müssen wir uns nur an den Warburg-Skandal erinnern. Damals sind, mit Olaf Scholz als Bürgermeister, Steuerzahlungen in Millionenhöhe durch die Warburg-Bank einfach verjährt. Politiker wie er müssen ziemliche Angst davor haben, was bei genauerer Betrachtung noch alles ans Licht kommen könnte.

Und ähnlich wie in Hamburg, oder noch davor bereits

zu Zeiten von Panama-Papers und Cum-Ex, läuft auch der Wirecard-Skandal Gefahr, mit der Zeit erfolgreich unter den Teppich gekehrt zu werden, zumal in Zeiten von Corona.

Da ändert es auch nichts, dass nach Marsalek jetzt international fahndet wird, inklusive Fernsehauftritt bei Aktenzeichen XY ungelöst.

Die schwärzesten Schafe sollen geschlachtet werden, damit die Herde weiter grasen kann. ■

Handlungskonzept Stahl: Mit der Arbeiterklasse in den Handelskrieg?

Katharina Doll

Seit vielen Jahren beklagen deutsche Stahlproduzenten fallende Preise auf dem Weltmarkt. Schon 2016 forderten Vertreter der deutschen Stahlindustrie von der EU höhere Zölle für chinesischen Stahl. Nun hat die deutsche Bundesregierung im Juli ihr „Handlungskonzept Stahl“ vorgelegt, das die deutsche Stahlindustrie gegenüber ihren internationalen Konkurrenten stärken soll. Wie sind die geplanten Maßnahmen aus der Sicht der Arbeiterklasse zu bewerten?

Stahlproduktion

Ursache des befeuerten Wettstreits ist die massive Ausdehnung der chinesischen Stahlproduktion, die in den letzten 20 Jahren stattgefunden hat. Zwischen 2000 und 2015 stieg China von 3 Prozent der weltweiten Stahlproduktion auf 50 Prozent und produzierte im Jahr 2019 rund 928 Millionen Tonnen Stahl – mehr als das 20-fache der Bundesrepublik Deutschland und nahezu das 6-fache der Europäischen Union. China ist deshalb verstärkt anfällig für eine krisenhafte Überproduktion. Das ist es, was China zur Expansion auf die westlichen Märkte treibt.

Handlungskonzept Stahl

Mit ihrem Handlungskonzept will die deutsche Bundesregierung einer Schwächung der deutschen Stahlproduktion entgegenwirken. In großen Worten verkündet sie, dass sie sich mit dem Konzept für mehr „Chancengleichheit“ auf dem Stahlmarkt und gegen „eine protektionistische Handelspolitik“ einsetzen will. Der Schwerpunkt des Papiers liegt auf der Senkung der Co2-Emissionen und dem „European Green Deal“.

Beim genaueren Lesen ist kaum glaubhaft, dass die Bundesregierung mit ihrem Handlungskonzept vorwiegend um den Naturschutz bemüht ist. Hat man sich einmal durchgekämpft durch den Wald ideologischer Verdrehungen wird klar, dass es sich um Rezepte zum handelsüblichen Wirtschaftskrieg handelt. Zwar wird man das Wort „Zölle“ nicht finden, in anderen Worten schreibt die Bundesregierung aber: „Es muss geprüft werden, ob ein Grenzausgleich oder alternative Ansätze rechtlich belastbar ausgestaltet werden können, um einen gleichwertigen Carbon-Leakage-Schutz zu gewährleisten“ – gemeint sind Schutzzölle für Produkte, die emissionsreich produziert wurden.

Internationaler Handelskrieg

Das „Handlungskonzept Stahl“ ist ein Teil der Strategie, mit der sich der deutsche Kapitalismus im internatio-



nalen Handelskrieg positionieren will. Dieser Handelskrieg ist Ausdruck einer Machtverschiebung der ökonomischen Machtconstellation auf dem Weltmarkt, angetrieben durch das ökonomische Emporkommen Chinas.

Während in der Stahlindustrie noch im Jahr 1990 dem Stahlverband World Steel Association zufolge weltweit 770 Millionen Tonnen Stahl produziert wurden, hat sich bis 2019 die Produktion auf mehr als 1870 Millionen Tonnen mehr als verdoppelt. Diese Entwicklungen haben einen Preiskampf der Hersteller und einen Handelskrieg auf den internationalen Märkten losgetreten, bei dem es darum geht, welche Konzerne die internationale Nachfrage abdecken und wo Kapazitäten abgebaut werden müssen oder Übernahmen anstehen.

Die Arbeiterklasse im Handelskrieg

Der imperialistische Kapitalismus organisiert seine Wirtschaft über ein globales Produktions- und Handelsnetz. Die internationale Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten kann die Bourgeoisie in einen Handelskrieg zwingen, doch der hemmt gleichzeitig die internationale Wirtschaftsentwicklung.

Bereits 1929 wurde die Weltwirtschaftskrise durch protektionistische Maßnahmen vertieft; zwischen 1929 und 1935 schrumpfte der Welthandel um über 30% und das BIP in den USA und in den wichtigsten europäischen Ländern ist um über 14% eingebrochen.

Der moderne Kapitalismus ist in noch viel stärkerem Ausmaß international verwoben. Werden Importzölle auf Rohstoffe oder Halbfabrikate auferlegt, trifft das die Industrie und den Lebensstandard im Inneren. Nach den 2019 von Trump beschlossenen Importzöllen kam es in den USA zu Einbrüchen der Aktienkurse von Kaufhausketten, da Preissteigerungen in der Kleidungsindustrie erwartet wurden.

Auch Vertreter der Linken und der Gewerkschaftsbe-

wegung fordern heute höhere Zölle für US-amerikanische und chinesische Waren. Sahra Wagenknecht unterstützt die Forderung nach „grünen Zöllen“, Klaus Ernst fordert die Merkelregierung auf, konsequenter gegen die US-Handelspolitik vorzugehen, und auch der IGM-Vorsitzende rief bei der Großkundgebung zur „Fairwandel“-Kampagne in Berlin zu einer „Transformation“ der deutschen Wirtschaft einschließlich „Transformationskurzarbeitergeld“ auf und bietet sich so als Partner des Kapitals im internationalen Handelskrieg an.

Doch die deutsche Arbeiterklasse wird von einer Verschärfung des Handelskriegs nicht profitieren. Der intra-imperialistische Handelskampf wird den Lebensstandard der westlichen Arbeiterklasse sehr wahrscheinlich weiter drücken. Profitieren werden die imperialistischen Monopole, wie zuletzt der niederländische Stahlriese AcelorMittal an Trumps Zollpolitik.

Kampf der Bourgeoisie! Verstaatlichung der Stahlindustrie!

In einer solchen Situation darf es kein Bündnis mit der Bourgeoisie geben! Statt unter Opfern im Wettbewerb der nationalen Bourgeoisien mitzuspielen, muss die Arbeiterklasse während Wirtschaftskrise und Handelskrieg ihre eigenen Interessen vertreten.

Nur weil die Ausdehnung der Kapazitäten in der Stahlindustrie im Kapitalismus als Überproduktionskrise auftritt, bedeutet das nicht, dass ein Abbau der Stahlproduktion für die Arbeiterklasse wünschenswert wäre.

Stahl ist ein strukturbestimmender Wirtschaftssektor, auf

dem der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, der Wohnungsbau und vieles mehr basiert, und der am ökologischsten und sozialsten vor Ort und unter Einsatz fortschrittlicher, grüner Technologien produziert wird. Er ist die Grundlage für den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, den Wohnungsbau und vieles mehr.

Auf der Stahlproduktion basiert der materielle Lebensstandard, und sie sollte in keinem Land absondern planvoll und demokratisch kontrolliert ausgebaut werden. Der Ruin der Kapazitäten und der desaströse Stellenabbau, den die kapitalistische Wirtschaftskrise herbeiführt, ist gesellschaftlich destruktiv, für die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse von Nachteil und zeigt auf, wie wenig der Kapitalismus noch in der Lage ist, die allgemeinen Entwicklungsbedingungen der Zivilisation zu verbessern.

Um diese Wirtschafts-anarchie zu beenden, ist ein planvoller und demokratischer Umgang mit Ressourcen notwendig. In einem ersten Schritt dorthin muss die Stahlindustrie weltweit verstaatlicht und den Gesetzen des kapitalistischen Privatmarkts entzogen werden, mit dem Ziel einer allgemeinen Transformation der Wirtschaft weg von der profitorientierten Privatwirtschaft hin zu einer demokratischen Planwirtschaft, die unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der einfachen, arbeitenden Bevölkerung vernünftig und planvoll entsprechend der Bedürfnisse der Menschen organisiert wird.

Dieses Ziel, ein menschenwürdiges Leben der Massen der Weltbevölkerung, ist nicht durch Handelskrieg oder marktradikale Liberalisierung, sondern nur durch Kooperation und gemeinsamen Kampf der internationalen Arbeiterklasse zu erreichen. ■

Wohlstand ohne Arbeit?

Das bedingungslose Grundeinkommen

Katharina Doll

Seit Jahren führt die Partei DIE LINKE die Debatte über ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). In Zeiten von Coronapandemie, Stellenstreichungen und anstehendem Wahlkampf erlangt die Diskussion besonderen Auftrieb. Die Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, wirbt für ein „Krisen-Grundeinkommen“ und für die Unterstützung einer change.org-Petition, die von der selbständigen Modedesignerin Tonia Merz an Finanzminister Scholz gerichtet wurde. „Unzählige Selbständige, Kreative, Musiker, Künstler, Veranstalter und Überlebenskünstler [...] die Deutschland gestalten und unsere Welt bunter machen“, also „Menschen, die den Mut haben, Unternehmer zu sein“ sollen vom Grundeinkommen profitieren, nun, da „in der Krise unsere größte Chance“ liegt, heißt es in der Petition.

Reichtum ohne Arbeit?

Es ist verständlich, dass das bedingungslose Grundeinkommen für diejenigen verlockend klingt, die heute von

Hartz-Sanktionen und der öffentlichen Hetze gegen arbeitslose und „faule“ Schichten drangsaliert werden. Das öffentliche Bild der BGE-Befürworter prägen jedoch nicht sie, sondern vorwiegend Künstler, Intellektuelle und Journalisten wie Richard David Precht oder Thilo Jung. Auch ihre Idee ist die eines „freien Lebens“, „frei von Zwängen“, in der man sich „aussuchen kann ob und was ich arbeiten will“. „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ nennt sich gar einer der Blogs, die offensiv ein BGE bewerben. Es stellt sich die Frage, ob innerhalb der Grenzen des Kapitalismus eine Lösung des eigenen Lebensstandards vom Arbeitsverhältnis überhaupt möglich ist, und ob allgemein gesellschaftlicher Wohlstand unabhängig von Arbeit entstehen kann.

Woher kommen Wert und Wohlstand?

Der Marxismus geht seit jeher davon aus, dass gesellschaftlicher Wohlstand das unmittelbare Ergebnis menschlicher Arbeit ist. Friedrich Engels schreibt dazu in seiner „Dialektik der Natur“:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums, sagen die politischen Ökonomen. Sie ist dies - neben der Natur, die ihr den Stoff liefert, den sie in Reichtum verwandelt. Aber sie ist noch unendlich mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen.“¹

Im Bezug auf das BGE vereinfacht ausgedrückt: Wer produziert den gesellschaftlichen Reichtum, wenn die Fabriken leer und der Rohstoffabbau stillgelegt ist?

Im Kapitalismus wird der durch Arbeit erzeugte Reichtum unter zwei Hauptklassen verteilt: der Klasse der Kapitalisten, die ihre Profite aus der Wertschöpfung in den Betrieben schöpft, und der Klasse der lohnabhängigen Arbeiter, denen ein Teil des von ihnen erarbeiteten Reichtums an Löhnen ausbezahlt wird. Gesetzt ist dabei, dass kein Weg daran vorbei führt, dass die zu verteilenden Reichtümer an irgend einer Stelle erarbeitet werden müssen, und die Klasse der Kapitalisten von der Arbeit anderer zehrt und somit ein Schmarotzerdasein führt. Ihre „Freiheit, nicht arbeiten zu müssen“, wie Thilo Jung es nennt, basiert auf der Arbeit anderer. Anders gelagert ist es natürlich mit den Arbeitslosen – sie sind nicht „freiwillig arbeitslos“, sondern können auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden.

Zwischen Kapital und Arbeit findet ein steter Verteilungskampf statt um den Anteil, den beide Klassen von der allgemeinen Wertschöpfung abbekommen – der für die Arbeiterklasse naturgemäß niedriger ausfällt. Daneben gibt es auch einen „indirekten Verteilungskampf“ um Leistungen des bürgerlichen Sozialstaats. Doch auch die Gelder, die hier ausgezahlt werden, stammen letztlich aus Abgaben von Arbeitgebern und Arbeitern; aus Werten, die an anderer Stelle durch Arbeit geschaffen wurden.

Was wäre die Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde den Kampf um den Lebensstandard der Arbeiter und Armen scheinbar vom direkten Arbeitsverhältnis entkoppeln, da das BGE weder zwingend über Sozialabgaben im Beschäftigungsverhältnis finanziert, noch vom Arbeitgeber ausgezahlt wird. Doch diese laut BGE-Vertretern so fortschrittliche Loslösung vom Arbeitsverhältnis birgt die Gefahr massiver sozialer Kürzungen und raubt der Arbeiterklasse noch dazu ihre wichtigsten Kampfmittel.

Ein BGE würde zum einen Möglichkeiten eröffnen, direkte Abgaben durch den Arbeitgeber wie Löhne und Sozialleistungen zu drücken. Denn selbst wenn sie unter das Existenzminimum gesenkt würden, könnte das BGE den (niedrigen) Lebensstandard sichern und so die Kürzung mithilfe von Sozialabgaben subventionieren. Statt durch Arbeitgeberabgaben könnte das BGE beispielsweise durch Kon-

WILL WORK FOR FREE



Reichtum ohne menschliche Arbeit: Eine neoliberale Propagandalüge

sumsteuern wie einer Öko-Steuer auf Fleisch und Co2 finanziert werden. Damit würden direkte Verpflichtungen der Arbeitgeber ersetzt durch staatliche Transfers, die zu einem viel größeren Anteil aus der Tasche der Arbeiter stammen.

Noch dazu ist das BGE eine viel unsicherere Einkommensquelle als Löhne oder Renten, die ans Arbeitsverhältnis gekoppelt sind. Eine Lohnerhöhung oder auch nur einen Inflationsausgleich kann man durch direkten ökonomischen Druck auf den Arbeitgeber erstreiken – bei einem staatlichen Transfer ist das schon schwieriger. Gerade bei Gewerkschaftsführungen und einer Gesetzgebung, die den politischen Streik ablehnen, ist das Waffenarsenal der Arbeiterklasse hier deutlich geringer. Auch heute haben Hartz-Empfänger auf dem ökonomischen Weg keine Möglichkeit, eine Verbesserung ihres Lebensstandards zu erzwingen.

Noch dazu macht es, wenn es um Armutsbekämpfung geht, schlicht und einfach Sinn, Gelder aus für Sozialleistungen eingeräumten Töpfen an diejenigen zu verteilen, die auch gesellschaftliche Unterstützung brauchen, statt eine „Kopf-Sozialleistung“ an alle unabhängig ihrer sozialen Situation auszuschütten. Arbeitslosengelder auszuschöpfen, um kreative Startups aus der finanziellen Pleite zu helfen oder Freigeister vom „Zwang der Arbeit“ zu befreien (die dann andere für sie leisten müssen) lehnen wir ab. Unserer Auffassung nach hat jeder in dieser Gesellschaft gleichermaßen ein Recht auf Freizeit und geistige Beschäftigung – eine Freiheit, die auch kollektiv und unter Mitarbeit von jedem Einzelnen erarbeitet werden muss.

Fazit

Die soziale Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist ein gefährlicher Trugschluss. Es ist eine Illusion, Wohlstand ohne Arbeit und einen höheren Lebensstandard ohne eine wirksame Auseinandersetzung mit dem Kapital zu erreichen. Wäre das anders, hätten sich Unternehmensgründer wie Götz Werner (dm Drogeriemarkt), Siemens-Boss Joe Kaeser oder neoliberale Urgesteine Milton Friedman oder Richard Nixon nicht dafür eingesetzt.

Auch wollen wir als Sozialisten keine primitive „Gesell-

schaft ohne Arbeit“ oder gar „Freiheit statt Vollbeschäftigung“! Die ewige Mär von Richard David Precht, im Zuge der „digitalen Revolution“ wären einfache Arbeiten bald Geschichte und nur noch der „virtual reality Designer“ eine zukunftsfähige Anstellungsform, ist in Zeiten von Arbeitsverdichtung, 60-Stunden-Woche und fast einer Milliarde unbezahlter Überstunden und ebensovieler bezahlter im Jahr 2019 offensichtlich liberale Propaganda. Wir treten für ein Recht auf Arbeit ein, das die gesellschaftlich notwendige Arbeit gerecht auf alle Schultern verteilt und somit eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und die Abschaffung einer schmerzhaften herrschenden Klasse ermöglicht.

1 Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 20. Berlin/DDR. 1962. »Dialektik der Natur«, S. 444. ■



Statt einer Absage an Vollbeschäftigung: Recht auf Arbeit & Arbeitszeitverkürzung!

Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Räte-System gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagrafen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.400€ brutto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohnrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wähl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

Mit Kurzarbeit Entlassungen verhindern?

Rasmus Schad

Ohne viel Diskussion hat die Große Koalition die Verlängerung des vereinfachten Kurzarbeitergeldes durchgewunken. Auch von Gewerkschaftsseite wurde, von kleinen Kritikpunkten mal abgesehen, das Paket einhellig begrüßt. Die Verwendung des Kurzarbeitergeldes als Allheilmittel in Krisenzeiten ist die wohl teuerste sozialpolitische Maßnahme der letzten Jahre. Auf der einen Seite wurde die Anzahl der Betriebe, die Kurzarbeit anmelden dürfen, massiv erhöht, da nun nur noch ein Zehntel der Beschäftigten von Arbeitsausfällen betroffen sein muss, und gleichzeitig wurde auch für Branchen wie dem öffentlichen Dienst und Leiharbeitsfirmen, die bis dato von der Maßnahme ausgeschlossen waren, die Kurzarbeit ermöglicht. Ersteres bedeutete, dass während des Lockdowns faktisch jede Firma Kurzarbeit anmelden konnte, schließlich sind 10% Arbeitsausfall keine hohe Hürde – in vielen Branchen ist größere monatliche Fluktuation normal. Darüber hinaus scheint die Prüfung der Anträge gänzlich eingestellt worden zu sein.

In April und Mai erreichten dann auch mehr als 10 Millionen Anträge auf Kurzarbeitergeld die Agentur für Arbeit. Praktisch kennt fast jeder in seinem Umfeld mindestens eine Person in Kurzarbeit, und wahrscheinlich auch Geschichten darüber, wie diese Möglichkeit von Chefs missbraucht wurde. Kurzarbeit flexibilisiert schließlich die Arbeitskraft der Mitarbeiter ins Bodenlose und intensiviert die Arbeitsverdichtung: Unternehmen können praktisch frei entscheiden, wann sie ihre lukrativen Aufträge bearbeiten, um die restliche Zeit ihre Lohnkosten von der Allgemeinheit erstatten zu lassen. Die Teilnahme daran ist für die Unternehmen kaum an Auflagen gebunden: Es müssen nicht einmal Garantien für den längerfristigen Erhalt der Arbeitsplätze abgegeben werden. Ein Beispiel lieferte dazu auch das Tiroler Unternehmen Swarovski: Erst im Juli hat der Konzern eine stufenweise Entlassungswelle von mindestens 1.000 Stellen angekündigt, nachdem kurz vorher ganz massiv die Kurzarbeit ausgeweitet wurde.

Die Geschichten, wie dieses System ausgenutzt wird, sind zahlreich (siehe Interview im letzten Heft)¹. Die Art und Weise, wie der Zoll als verantwortliche Behörde, der sich auch in anderen Schwarzgeld- und Wirtschaftskrimina-



litätsaffären nicht gerade durch seine Effizienz ausgezeichnet hat, hier ermittelt, lässt erahnen, dass für viele betrügerische Chefs hier Gnade vor Recht gelten wird. Weder werden Gesamtstatistiken über die Anzahl der Betrugsfälle herausgegeben, noch die Namen der Unternehmen, die sich so auf Kosten der Allgemeinheit bereichert haben.

Um zu verstehen, wie sehr die derzeitige Politik sich wieder einmal die Kosten einer wirtschaftlichen Krise ausschließlich auf dem Rücken der Beschäftigten entledigen will, muss man sich vor Augen führen, woher das Kurzarbeitergeld stammt: Die Töpfe der Agentur für Arbeit, die neben dem Arbeitslosengeld I eben auch die Kurzarbeit finanziert werden von jedem abhängig Beschäftigten aus seinen Sozialabgaben gefüllt. Abstrahiert finanzieren also die Arbeiter selbst ihren Lohn, wenn sie Kurzarbeitergeld beziehen, ohne dass es eine generelle Verpflichtung der Unternehmer gibt, dieses irgendwie aufzustocken. Die Folgen dieser Politik sind klar: Da das Dogma der „schwarzen Null“ keineswegs aufgehoben, sondern nur aufgeschoben ist, und die Kasse der ARGE schon jetzt mit Steuergeld quer finanziert wird, ist abzusehen, dass nach dem Auslaufen dieser Maßnahme die Rufe nach einer Kürzung von regulären Sozialleistungen wie ALG I einmal mehr auf die Tagesordnung kommen werden. Mit dem Geld dafür musste man schließlich millionenschwere Konzerne subventionieren.

¹ <https://offensiv-marxisten.blogspot.com/p/die-stempeluhr-zur-zeiterfassung-wurde.html>